

Auftragsverarbeitungsvertrag nach Art. 28 Abs. 3 DS-GVO

Version: 1.3 vom 30.04.2026

zwischen Verantwortlicher (Auftraggeber):

und Auftragsverarbeiter (Auftragnehmer):

Duria eG, Nikolaus-Otto-Str. 22, 52351 Düren

1. Gegenstand und Dauer der Vereinbarung

Der Vertrag umfasst die Wartung und Prüfung der im Rahmen der Nutzungs- und Pflegevereinbarung betreuten IT-Systeme, insb. des DURIA-Software Pakets im Wege der Fernwartung oder als Inhouse-Prozess.

Die Bestimmungen dieses Vertrages finden Anwendung auf alle Tätigkeiten, die mit dem Hauptvertrag in Zusammenhang stehen und bei denen der Auftragsverarbeiter, seine Beschäftigten oder von ihm Beauftragte mit personenbezogenen Daten in Berührung kommen, die vom Verantwortlichen stammen, für ihn erhoben wurden oder auf sonstige Weise in seinem Auftrag verarbeitet werden.

Der Auftragsverarbeiter verarbeitet dabei personenbezogene Daten für den Verantwortlichen im Sinne von Art. 4 Nr. 2 und Art. 28 DS-GVO auf Grundlage dieses Vertrages.

Die vertraglich vereinbarte Dienstleistung wird ausschließlich in einem Mitgliedsstaat der Europäischen Union oder in einem Vertragsstaat des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum erbracht. Jede Verlagerung der Dienstleistung oder von Teilarbeiten dazu in ein Drittland bedarf der vorherigen Zustimmung des Verantwortlichen und darf nur erfolgen, wenn die besonderen Voraussetzungen der Art. 44 ff. DS-GVO erfüllt sind (z. B. Angemessenheitsbeschluss der Kommission, Standarddatenschutzklauseln, genehmigte Verhaltensregeln).

Dauer des Auftrags

Die Dauer der Verarbeitung richtet sich nach der Laufzeit der Nutzungs- und Pflegevereinbarung.

2. Art und Zweck der Verarbeitung, Art der personenbezogenen Daten sowie Kategorien betroffener Personen

Art der Verarbeitung (entsprechend der Definition von Art. 4 Nr. 2 DS-GVO): Installation, Einrichtung und Schulung der Duria-Systeme sowie Fehleranalyse und Fehlerbehebung beim Auftraggeber, sofern eine telefonische Hilfestellung nicht ausreichend ist, bzw. online.

Art der personenbezogenen Daten (entsprechend der Definition von Art. 4 Nr. 1, 13, 14 und 15 DS-GVO):

- Personenstammdaten
- Kommunikationsdaten
- Vertragsstammdaten
- Gesundheitsdaten
- soziale Daten
- historische Daten

Kategorien betroffener Personen (entsprechend der Definition von Art. 4 Nr. 1 DS-GVO):

- Mitarbeiter und Patienten des Auftraggebers
- Mitarbeiter

3. Rechte und Pflichten sowie Weisungsbefugnisse des Verantwortlichen

Für die Beurteilung der Zulässigkeit der Verarbeitung gemäß Art. 6 Abs. 1 DS-GVO sowie für die Wahrung der Rechte der betroffenen Personen nach den Art. 12 bis 22 DS-GVO ist allein der Verantwortliche verantwortlich. Gleichwohl ist der Auftragsverarbeiter verpflichtet, alle solche Anfragen, sofern sie erkennbar ausschließlich an den Verantwortlichen gerichtet sind, unverzüglich an diesen weiterzuleiten.

Änderungen des Verarbeitungsgegenstandes und Verfahrensänderungen sind gemeinsam zwischen Verantwortlichem und Auftragsverarbeiter abzustimmen und schriftlich oder in einem dokumentierten elektronischen Format festzulegen.

Der Verantwortliche erteilt alle Aufträge, Teilaufträge und Weisungen in der Regel schriftlich oder in einem dokumentierten elektronischen Format. Mündliche Weisungen sind unverzüglich schriftlich oder in einem dokumentierten elektronischen Format zu bestätigen.

Der Verantwortliche ist berechtigt, sich wie unter Nr. 5 festgelegt vor Beginn der Verarbeitung und sodann regelmäßig in angemessener Weise von der Einhaltung der beim Auftragsverarbeiter

getroffenen technischen und organisatorischen Maßnahmen sowie der in diesem Vertrag festgelegten Verpflichtungen zu überzeugen.

Der Verantwortliche informiert den Auftragsverarbeiter unverzüglich, wenn er Fehler oder Unregelmäßigkeiten bei der Prüfung der Auftragsergebnisse feststellt.

Der Verantwortliche ist verpflichtet, alle im Rahmen des Vertragsverhältnisses erlangten Kenntnisse von Geschäftsgeheimnissen und Datensicherheitsmaßnahmen des Auftragsverarbeiters vertraulich zu behandeln. Diese Verpflichtung bleibt auch nach Beendigung dieses Vertrags bestehen.

4. Weisungsberechtigte des Verantwortlichen, Weisungsempfänger des Auftragsverarbeiters

(Vorname, Name, Organisationseinheit, Telefon)

Weisungsempfänger beim Auftragsverarbeiter sind:

- Technik-Hotline, Tel.: 02421 27073
- Anwendungs-Hotline, Tel.: 02421 27070

Für Weisung zu nutzende Kommunikationskanäle:

- Nikolaus-Otto-Str. 22, 52351 Düren
- info@duria.de
- Tel.: 02421 27070
- Fax: 02421 2707122

Bei einem Wechsel oder einer längerfristigen Verhinderung der Ansprechpartner sind dem Vertragspartner unverzüglich und grundsätzlich schriftlich oder elektronisch die Nachfolger bzw. die Vertreter mitzuteilen. Die Weisungen sind für ihre Geltungsdauer und anschließend noch für drei volle Kalenderjahre aufzubewahren.

Weisungen können vom Verantwortlichen jederzeit in Textform oder in dokumentiertem elektronischen Format geändert, ergänzt oder ersetzt werden (Einzelweisung). Weisungen in Bezug auf Berichtigung, Löschung und Einschränkung der Verarbeitung sind hiervon umfasst. Weisungen, die über die hauptvertraglich vereinbarte Leistung hinausgehen, werden als Antrag auf Leistungsänderung behandelt.

Ist der Auftragsverarbeiter der Ansicht, dass eine Weisung des Verantwortlichen gegen datenschutzrechtliche Bestimmungen verstößt, hat er den Verantwortlichen unverzüglich darauf hinzuweisen. Der Auftragsverarbeiter ist berechtigt, die Durchführung der betreffenden Weisung so lange auszusetzen, bis diese durch den Verantwortlichen bestätigt oder geändert wird; soweit die Leistungserbringung von der Weisung abhängt, ruhen etwaige Leistungs- und Reaktionsfristen

für die Dauer der Aussetzung. Der Auftragsverarbeiter darf die Durchführung einer offensichtlich rechtswidrigen Weisung ablehnen.

5. Pflichten des Auftragsverarbeiters

Der Auftragsverarbeiter verarbeitet personenbezogene Daten ausschließlich im Rahmen der getroffenen Vereinbarungen und nach Weisungen des Verantwortlichen, sofern er nicht zu einer anderen Verarbeitung durch das Recht der Union oder der Mitgliedstaaten, dem der Auftragsverarbeiter unterliegt, hierzu verpflichtet ist (z. B. Ermittlungen von Strafverfolgungs- oder Staatsschutzbehörden); in einem solchen Fall teilt der Auftragsverarbeiter dem Verantwortlichen diese rechtlichen Anforderungen vor der Verarbeitung mit, sofern das betreffende Recht eine solche Mitteilung nicht wegen eines wichtigen öffentlichen Interesses verbietet (Art. 28 Abs. 3 Satz 2 lit. a DSGVO).

Der Auftragsverarbeiter sichert im Bereich der auftragsgemäßen Verarbeitung von personenbezogenen Daten die vertragsgemäße Abwicklung aller vereinbarten Maßnahmen zu. Er sichert zu, dass die für den Verantwortlichen verarbeiteten Daten von sonstigen Datenbeständen strikt getrennt werden.

Die Datenträger, die vom Verantwortlichen stammen bzw. für den Verantwortlichen genutzt werden, werden besonders gekennzeichnet. Eingang und Ausgang sowie die laufende Verwendung werden dokumentiert.

Bei der Erfüllung der Rechte der betroffenen Personen nach Art. 12 bis 22 DS-GVO durch den Verantwortlichen, an der Erstellung der Verzeichnisse von Verarbeitungstätigkeiten sowie bei erforderlichen Datenschutz-Folgeabschätzungen des Verantwortlichen hat der Auftragsverarbeiter im notwendigen Umfang mitzuwirken und den Verantwortlichen soweit möglich angemessen zu unterstützen (Art. 28 Abs. 3 Satz 2 lit. e und f DS-GVO). Er hat die dazu erforderlichen Angaben dem Verantwortlichen unverzüglich weiterzuleiten.

Der Auftragsverarbeiter legt auf Anforderung des Verantwortlichen die näheren Umstände der Festlegung und Umsetzung der technischen und organisatorischen Maßnahmen in angemessenem Umfang und unter Wahrung von Geschäftsgeheimnissen sowie der IT-Sicherheit offen; dies kann auch durch geeignete Nachweise (z. B. Konzeptauszüge, Prüfberichte/Testate oder Zertifikate) erfolgen.

Der Auftragsverarbeiter wird den Verantwortlichen unverzüglich darauf aufmerksam machen, wenn eine vom Verantwortlichen erteilte Weisung seiner Meinung nach gegen gesetzliche Vorschriften verstößt (Art. 28 Abs. 3 Satz 3 DS-GVO). Im Übrigen gelten die Regelungen zur Aussetzung und Ablehnung von Weisungen gemäß Ziff. 4 dieses Vertrages.

Der Auftragsverarbeiter hat personenbezogene Daten aus dem Auftragsverhältnis zu berichtigen, zu löschen oder deren Verarbeitung einzuschränken, wenn der Verantwortliche dies mittels einer Weisung verlangt und berechnete Interessen des Auftragsverarbeiters dem nicht

entgegenstehen. Unabhängig davon hat der Auftragsverarbeiter personenbezogene Daten aus dem Auftragsverhältnis zu berichtigen, zu löschen oder deren Verarbeitung einzuschränken, wenn der Weisung des Verantwortlichen ein berechtigter Anspruch des Betroffenen aus Art. 16, 17 und 18 DS-GVO zugrunde liegt.

Auskünfte über personenbezogene Daten aus dem Auftragsverhältnis an Dritte oder den Betroffenen darf der Auftragsverarbeiter nur nach vorheriger Weisung oder Zustimmung durch den Verantwortlichen erteilen.

Der Auftragsverarbeiter erklärt sich damit einverstanden, dass der Verantwortliche – grundsätzlich nach Terminvereinbarung – berechtigt ist, die Einhaltung der Vorschriften über Datenschutz und Datensicherheit sowie der vertraglichen Vereinbarungen im angemessenen und erforderlichen Umfang selbst oder durch vom Verantwortlichen beauftragte Dritte zu kontrollieren. Die Kontrolle erfolgt vorrangig als Remote-Audit durch Einsichtnahme in vorhandene geeignete Nachweise (z. B. Dokumentation der technischen und organisatorischen Maßnahmen, Konzeptauszüge, Prüfberichte/Testate oder Zertifikate). Eine Vor-Ort-Prüfung kommt nur in Betracht, wenn ein begründeter Anlass besteht (z. B. konkrete Anhaltspunkte für eine Datenschutzverletzung oder wesentliche, anderweitig nicht aufklärbare Abweichungen) und ein Remote-Audit nicht ausreicht. Kontrollen haben mit angemessener Ankündigungsfrist (in der Regel mindestens 10 Werktage) zu üblichen Geschäftszeiten zu erfolgen, sofern nicht ein wichtiger Grund (z. B. konkrete Anhaltspunkte für eine Datenschutzverletzung) eine kurzfristigere Durchführung erfordert. Der Verantwortliche stellt sicher, dass von ihm eingesetzte Prüfer zur Vertraulichkeit verpflichtet sind; Wettbewerber des Auftragsverarbeiters sind als Prüfer ausgeschlossen. Der Auftragsverarbeiter stellt dem Verantwortlichen auf Anforderung die zur Kontrolle erforderlichen Auskünfte und Nachweise in angemessenem Umfang, in der Regel innerhalb von zehn (10) Werktagen, zur Verfügung; bei komplexen Anfragen kann die Frist nach Abstimmung angemessen verlängert werden. Soweit der Verantwortliche eine Vor-Ort-Prüfung verlangt, die über die Einsichtnahme in vorhandene Nachweise hinausgeht, trägt der Verantwortliche die hierdurch entstehenden angemessenen Aufwände und Kosten des Auftragsverarbeiters, sofern die Prüfung keinen erheblichen Verstoß des Auftragsverarbeiters gegen diesen Vertrag nachweist.

Der Auftragsverarbeiter bestätigt, dass ihm die für die Auftragsverarbeitung einschlägigen datenschutzrechtlichen Vorschriften der DS-GVO bekannt sind. Er verpflichtet sich, auch folgende für diesen Auftrag relevanten Geheimnisschutzregeln zu beachten, die dem Verantwortlichen obliegen:

- Berufsgeheimnisträger und die damit verbundene Verschwiegenheit nach § 203 StGB
- Fernmeldegeheimnis
- Sozialgeheimnis

Der Auftragsverarbeiter verpflichtet sich, bei der auftragsgemäßen Verarbeitung der personenbezogenen Daten des Verantwortlichen die Vertraulichkeit zu wahren. Diese besteht auch nach Beendigung des Vertrages fort.

Der Auftragsverarbeiter sichert zu, dass er die bei der Durchführung der Arbeiten beschäftigten Mitarbeiter vor Aufnahme der Tätigkeit mit den für sie maßgebenden Bestimmungen des Datenschutzes vertraut macht und für die Zeit ihrer Tätigkeit wie auch nach Beendigung des Beschäftigungsverhältnisses in geeigneter Weise zur Verschwiegenheit verpflichtet (Art. 28 Abs. 3 Satz 2 lit. b und Art. 29 DS-GVO). Der Auftragsverarbeiter überwacht die Einhaltung der datenschutzrechtlichen Vorschriften in seinem Betrieb.

Beim Auftragsverarbeiter ist als Beauftragter für den Datenschutz Herr

Heinz-Georg Kämpchen, externer Datenschutzbeauftragter, 0162-1069244, heinz-georg.kaempchen@genossenschaftsverband.de

bestellt. Ein Wechsel des Datenschutzbeauftragten ist dem Verantwortlichen unverzüglich mitzuteilen.

6. Mitteilungspflichten des Auftragsverarbeiters bei Störungen der Verarbeitung und bei Verletzungen des Schutzes personenbezogener Daten

Der Auftragsverarbeiter teilt dem Verantwortlichen unverzüglich Störungen, Verstöße des Auftragsverarbeiters oder der bei ihm beschäftigten Personen sowie gegen datenschutzrechtliche Bestimmungen oder die im Auftrag getroffenen Festlegungen sowie den Verdacht auf Datenschutzverletzungen oder Unregelmäßigkeiten bei der Verarbeitung personenbezogener Daten mit. Dies gilt vor allem auch im Hinblick auf eventuelle Melde- und Benachrichtigungspflichten des Verantwortlichen nach Art. 33 und Art. 34 DS-GVO. Der Auftragsverarbeiter sichert zu, den Verantwortlichen erforderlichenfalls bei seinen Pflichten nach Art. 33 und 34 DS-GVO angemessen zu unterstützen (Art. 28 Abs. 3 Satz 2 lit. f DS-GVO). Meldungen nach Art. 33 oder 34 DS-GVO für den Verantwortlichen darf der Auftragsverarbeiter nur nach vorheriger Weisung gem. Ziff. 4 dieses Vertrages durchführen.

7. Unterauftragsverhältnisse mit Subunternehmern (Art. 28 Abs. 3 Satz 2 lit. d DS-GVO)

Die Beauftragung von Subunternehmern zur Verarbeitung von Daten des Verantwortlichen ist dem Auftragsverarbeiter im Rahmen einer allgemeinen Genehmigung gestattet (Art. 28 Abs. 2 DS-GVO). Der Auftragsverarbeiter informiert den Verantwortlichen vorab in Textform über jede beabsichtigte Änderung in Bezug auf die Hinzuziehung neuer oder die Ersetzung bisheriger Subunternehmer und gibt dem Verantwortlichen die Möglichkeit, aus wichtigem, datenschutzrechtlich begründetem Grund binnen 14 Kalendertagen nach Zugang der Information in Textform Widerspruch einzulegen. Legt der Verantwortliche fristgerecht Widerspruch ein, werden die Parteien eine für beide Seiten zumutbare Lösung abstimmen; bis dahin ist der

Auftragsverarbeiter nicht verpflichtet, die Änderung umzusetzen, soweit dies für ihn unzumutbar ist.

Der Auftragsverarbeiter hat vertraglich sicherzustellen, dass die vereinbarten Regelungen zwischen Verantwortlichem und Auftragsverarbeiter auch gegenüber Subunternehmern gelten. In dem Vertrag mit dem Subunternehmer sind die Angaben so konkret festzulegen, dass die Verantwortlichkeiten des Auftragsverarbeiters und des Subunternehmers deutlich voneinander abgegrenzt werden. Werden mehrere Subunternehmer eingesetzt, so gilt dies auch für die Verantwortlichkeiten zwischen diesen Subunternehmern. Insbesondere muss der Verantwortliche berechtigt sein, im Bedarfsfall angemessene Überprüfungen und Inspektionen, auch vor Ort, bei Subunternehmern durchzuführen oder durch von ihm beauftragte Dritte durchführen zu lassen.

Der Vertrag mit dem Subunternehmer muss schriftlich abgefasst werden, was auch in einem elektronischen Format erfolgen kann (Art. 28 Abs. 4 und Abs. 9 DS-GVO).

Die Weiterleitung von Daten an den Subunternehmer ist erst zulässig, wenn der Subunternehmer die Verpflichtungen nach Art. 29 und Art. 32 Abs. 4 DS-GVO bezüglich seiner Beschäftigten erfüllt hat.

Der Auftragsverarbeiter hat die Einhaltung der Pflichten des/der Subunternehmer(s) zu überprüfen.

Das Ergebnis der Überprüfungen ist zu dokumentieren und dem Verantwortlichen auf Verlangen zugänglich zu machen.

Der Auftragsverarbeiter haftet gegenüber dem Verantwortlichen dafür, dass der Subunternehmer den Datenschutzpflichten nachkommt, die ihm durch den Auftragsverarbeiter im Einklang mit dem vorliegenden Vertragsabschnitt vertraglich auferlegt wurden.

Zurzeit sind für den Auftragsverarbeiter die in Anlage 1 mit Namen, Anschrift und Auftragsinhalt bezeichneten Subunternehmer mit der Verarbeitung von personenbezogenen Daten in dem dort genannten Umfang beschäftigt sowie die Anwender zuständigen Duria Support Center (DSC), die für alle Aufgaben rund um die Installation, Einrichtung und Betreuung des DURIA Programms verantwortlich sind. Mit deren Beauftragung erklärt sich der Verantwortliche einverstanden.

Der Auftragsverarbeiter informiert den Verantwortlichen immer über jede beabsichtigte Änderung in Bezug auf die Hinzuziehung neuer oder die Ersetzung bisheriger Subunternehmer, wodurch der Verantwortliche die Möglichkeit erhält, gegen derartige Änderungen Einspruch zu erheben (§ 28 Abs. 2 Satz 2 DS-GVO); im Übrigen gilt die in Ziff. 7 genannte Widerspruchsfrist und die dort geregelte Vorgehensweise.

8. Technische und organisatorische Maßnahmen (insbesondere Art. 28 Abs. 3 Satz 2 lit. c und e DS-GVO)

Der Auftragsverarbeiter hat die Umsetzung der technischen und organisatorischen Maßnahmen vor Beginn der Auftragsverarbeitung zu dokumentieren und dem Verantwortlichen zur Prüfung zu übergeben. Dazu werden einerseits mindestens die Schutzziele von Art. 32 Abs. 1 DS-GVO wie Vertraulichkeit, Verfügbarkeit und Integrität der Systeme und Dienste sowie deren Belastbarkeit in Bezug auf Art, Umfang, Umstände und Zweck der Verarbeitungen derart berücksichtigt, dass durch geeignete technische und organisatorische Abhilfemaßnahmen das Risiko auf Dauer eingedämmt wird (Art. 28 Abs. 3 lit. c).

Diese Maßnahmen stellen u. a. sicher, dass Daten nur für den Zweck verarbeitet und ausgewertet werden können, für den sie erhoben werden (Zweckbindung), dass Betroffene, Verantwortliche und Kontrollinstanzen u. a. erkennen können, welche Daten für welchen Zweck in einem Verfahren erhoben und verarbeitet werden und welche Systeme und Prozesse dafür genutzt werden (Transparenz) und dass den Betroffenen die ihnen zustehenden Rechte auf Benachrichtigung, Auskunft, Berichtigung, Sperrung und Löschung jederzeit wirksam gewährt werden (Intervenierbarkeit).

9. Methodik der Risikobewertung

Für die auftragsgemäße Verarbeitung personenbezogener Daten wird folgende Methodik zur Risikobeurteilung verwendet.

Der Auftragsverarbeiter hat bei gegebenem Anlass, mindestens aber jährlich, eine Überprüfung, Bewertung und Evaluation der Wirksamkeit der technischen und organisatorischen Maßnahmen zur Gewährleistung der Sicherheit der Verarbeitung durchzuführen. Die Prüfunterlagen können vom Verantwortlichen jederzeit eingesehen werden.

Für die Sicherheit erhebliche Entscheidungen zur Organisation der Datenverarbeitung und zu den angewandten Verfahren sind mit dem Verantwortlichen abzustimmen.

Soweit die beim Auftragsverarbeiter getroffenen Sicherheitsmaßnahmen den Anforderungen des Verantwortlichen nicht genügen, benachrichtigt er den Verantwortlichen unverzüglich.

Die Datensicherheitsmaßnahmen beim Auftragsverarbeiter können im Laufe des Auftragsverhältnisses der technischen und organisatorischen Weiterentwicklung angepasst werden, dürfen aber die vereinbarten Sicherheitsstandards nicht unterschreiten.

Wesentliche Änderungen sind vom Auftragsverarbeiter mit dem Verantwortlichen in dokumentierter Form (schriftlich, elektronisch) abzustimmen. Solche Abstimmungen sind für die Dauer dieses Vertrages aufzubewahren.

10. Verpflichtungen des Auftragsverarbeiters nach Beendigung des Auftrags, Art. 28 Abs. 3 Satz 2 lit. g DS-GVO

Nach Abschluss der vertraglichen Arbeiten hat der Auftragsverarbeiter – nach Wahl des Verantwortlichen – die im Zusammenhang mit dem Auftragsverhältnis verarbeiteten personenbezogenen Daten an den Verantwortlichen herauszugeben oder zu löschen, soweit keine gesetzliche Aufbewahrungspflicht oder ein sonstiger gesetzlicher Erlaubnistatbestand entgegensteht. Die Herausgabe/Löschung erfolgt innerhalb einer angemessenen Frist. Daten in Datensicherungen (Backups) des Auftragsverarbeiters sind von der unverzüglichen Löschung ausgenommen, sofern sichergestellt ist, dass eine Wiederherstellung ausschließlich zur Wiederherstellung der Backup-Integrität erfolgt und die Daten nach Ablauf der üblichen Backup-Retentionsfristen gelöscht werden. Auf Verlangen stellt der Auftragsverarbeiter dem Verantwortlichen eine angemessene Bestätigung über die Durchführung der Löschung bzw. Herausgabe zur Verfügung.

11. Haftung

Es wird auf Art. 82 DS-GVO verwiesen.

12. Sonstiges

Vereinbarungen zu den technischen und organisatorischen Maßnahmen sowie Kontroll- und Prüfungsunterlagen sind von beiden Vertragspartnern für ihre Geltungsdauer und anschließend noch für drei volle Kalenderjahre aufzubewahren.

Für Nebenabreden ist grundsätzlich die Schriftform oder ein dokumentiertes elektronisches Format erforderlich.

Sollte das Eigentum oder die zu verarbeitenden personenbezogenen Daten des Verantwortlichen beim Auftragsverarbeiter durch Maßnahmen Dritter (etwa durch Pfändung oder Beschlagnahme), durch ein Insolvenz- oder Vergleichsverfahren oder durch sonstige Ereignisse gefährdet werden, so hat der Auftragsverarbeiter den Verantwortlichen unverzüglich zu verständigen.

Die Einrede des Zurückbehaltungsrechts i. S. v. § 273 BGB wird hinsichtlich der für den Verantwortlichen verarbeiteten Daten und der zugehörigen Datenträger ausgeschlossen.

13. Salvatorische Klausel

Sollten einzelne Bestimmungen dieser Vereinbarung unwirksam oder undurchführbar sein oder nach Unterschrift unwirksam oder undurchführbar werden, bleibt davon die Wirksamkeit der Vereinbarung im Übrigen unberührt.

Datum:

Unterschriften

Verantwortlicher

Auftragsverarbeiter

Anlage 1

zum Vertrag für die Auftragsverarbeitung der Duria eG – Datum: 14. Mai 2018 – Version: 1.0

Subunternehmer der Duria eG, die derzeit personenbezogene Daten verarbeiten:

1. O.E.M. GmbH, Heinrich-Barth-Str. 15, 66115 Saarbrücken – Vervielfältigung und Versand des Quartals- und des VT-Programmupdates an die Anwender
2. Rurtalwerkstätten Lebenshilfe Düren, Veldener Str. 7-9, 52349 Düren – Verpacken und Versand von diversen Schreiben an die Mitglieder und Anwender
3. Etwa 20 Duria Support Center, die die Installation, Einrichtung, Beratung, Schulung und Betreuung der Anlagen vor Ort übernehmen

Anlage 2

Verarbeitungshinweise

Hinweis zum Umgang mit der Vertragsvorlage des Auftragsverarbeitungsvertrags nach Art. 28 Abs. 3 DS-GVO

- Bitte drucken Sie 2 Exemplare des Auftragsverarbeitungsvertrags aus.
- Unterschreiben Sie beide Exemplare eigenhändig.
- Bitte senden Sie uns ein unterschriebenes Exemplar zu.
 - Auf dem Postweg an: Duria eG, Nikolaus-Otto-Str. 22, 52351 Düren
 - Per Fax an: 02421 / 2707122
- Das zweite, gegengezeichnete Exemplar archivieren Sie in Ihrer Praxis (Papierform).

Ihr Duria Team